



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter: Belgischer Brief

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Es ist ein bequemes Ruhekrissen, wenn man sich damit abfindet, die unpolitische Art sei nun einmal deutsche Art, oder wenn man von Dekadenzerscheinungen spricht, an denen nun einmal nichts zu ändern sei, da die „Entwicklung“ „gesetzmäßig“ dahin führe. Die Entwicklungstheoretiker sind oft schlechte Historiker. Zum Teil sind, wie wir schon andeuteten, diejenigen, welche auf die nicht zu ändernde deutsche Art hinweisen und uns sagen, wir müßten uns, weil sie nun einmal so sei, fortan mit der müden Rolle des Bekannten abfinden, selbst Miturheber dieser Art. Es gibt Politiker, welche erklären, heute vor einer bedauerlichen „Krisis“ zu stehen und selbst vorher durch die von ihnen geforderte „Demobilisierung der Geister“ mitgeholfen haben, die Krisis herbeizuführen.⁵⁾ B. erwähnt ein Wort Rathenaus (S. 45), wonach den Deutschen die zivilisatorische Kraft wegen ihres Mangels an entschlossener Haltung fehle. Wir machen hierzu mit romantischer Ironie, die uns über die Dinge und Worte erhebt, die Bemerkung, daß der Mangel an entschlossener und geschlossener Haltung doch wohl nicht ohne Zusammenhang mit dem von Mommsen namhaft gemachten, bei uns stärker als anderswo vertretenen fermentum decompositionis sein dürfte.

So führt uns die geschichtliche Betrachtung von dem Schlagwort der nicht zu ändernden deutschen unpolitischen Art oder der Dekadenzerscheinungen überall auf die wahren Ursachen des gegenwärtigen Zustands. So wenig wir eine dauernde Substanz der Nation leugnen, so bleibt es doch die Aufgabe des Geschichtsforschers, die Fortbildung der Substanz und die Hindernisse, die ihrer Fortbildung entgegentreten, aufzuzeigen. In dieser tapferen, unerschrockenen Art beweist er wiederum, daß die Art des müden Relativisten nicht die feinige ist.



Belgischer Brief

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter



ie viele Leser der „Grenzboten“ gibt es wohl, die wissen, daß diese Zeitschrift vor gerade achtzig Jahren in — Brüssel gegründet worden ist? Freilich ist sie dort nur kurze Zeit erschienen, aber sie trägt von dort noch heute ihren Namen. Ihr Gründer Kuranda wollte Deutschthum und Flamentum enger verknüpfen. Lange Jahrzehnte hindurch haben die „Grenzboten“ dann unter Gustav Freytags Leitung hauptsächlich dem kleindeutschen Gedanken und dem jungen Deutschen Reich gedient. Heute hat ihr Titel wieder einen symbolischen Klang bekommen, und ihr Aufgabekreis hat sich zu den Anfängen zurückgebogen. Sie wollen Boten sein von den Grenzen und zu den Grenzen des ringsum verstümmelten Deutschlands. Sit nomen omen! Aber wie haben sich die Zeiten verändert! Ich wünschte, ich säße an Kurandas Schreibtisch statt an dem, worauf dieser Brief entsteht.

⁵⁾ Vgl. meine „Parteiämtliche neue Geschichtsauffassung“ S. 50.

Freilich, die geographisch-ethnographischen Grundgesetze Belgiens haben sich in diesen achtzig Jahren nicht verändert. In Belgien schneiden sich der germanische und der romanische Macht- und Kulturkreis. Das Ländchen, auch wirtschaftlich rege tätig, war daher stets ein Brennpunkt, in dem sich die von den großen politischen Kraftzentralen kommenden Strahlen sammelten, und so ist es auch jetzt, nach Herstellung des sogenannten Friedens, wieder geworden. Die Hauptstadt Brüssel sucht ihre alte Bedeutung als Konferenzort neben oder gar vor Genf wiederzugewinnen. Wenn das hiesige Leben und Treiben heute, trotz aller Internationalität, den Beobachter ganz besonders abderitisch annutet, so liegt das daran, daß sich mit dem überlieferten unvermeidlichen petit esprit die Psychologie des eingebildeten Siegers paart. Es ist schon immer so gewesen, daß der Kleine die meiste Heiterkeit erregte, wenn er sich groß vorkam; und dazu muß man wissen, wie andere alliierte Offiziere, wenn sie unter sich sind, über die militärischen Leistungen der Belgier urteilen!

Zum Schutze gegen das ohnmächtige gefesselte Deutschland hat die belgische Regierung bekanntlich ein Defensivbündnis mit Frankreich geschlossen und ist damit gehörig unter die französische Fuchtel gekommen; als sie seinerzeit aus Rücksicht auf die radikalen Arbeiter den Munitionstransport nach Polen verbieten mußte, erhielt sie vom Quah d'Orsay einen Anschauzer wie ein Departementspräsident. Der Inhalt der Abmachungen wird der Kammer und dem Senat verschwiegen. Auch der Völkerbund hat keine Mitteilung erhalten, und doch schreibt dessen Satzung, wie alle Welt weiß, die Veröffentlichung internationaler Verträge vor. Die Ironie der Ereignisse hat es so eingerichtet, daß der kürzlich ausgeschiedene belgische Außenminister Hymans jetzt Präsident des Völkerbundes ist. Die belgische Regierung dürfte sich also, wenn sie wegen ihrer Diskretion in parlamentarische Verlegenheit käme, darauf berufen, daß der Völkerbund in der Person seines Präsidenten bereits Bescheid wisse.

Die Deutschenhete steht in vollster Blüte und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie eher zu- als abnehmen wird. Man könnte sich darauf beschränken, ihr die komische Seite abzugewinnen, zumal wenn man mit Hilfe einiger Personalkenntnis entdeckt, daß unter den lautesten Schreibern viele sind, die die fetten Jahre der deutschen Verwaltung gut zu nützen verstanden. Aber der „Humor davon“ wird doch beeinträchtigt durch Erscheinungen tückischer Feigheit und Verlogenheit, wie sie in so charakteristischer Weise bei der Zerstörung des deutschen Kriegergrabdenkmals in Charleroi zutage traten. Wer eine Schandtat offen begeht, hat wenigstens Courage. Doch die ist hier nicht zu Hause. Daher wurde denn zunächst eine unvollkommene Sprengung als Handlung einiger unermittelt bleibender Individuen arrangiert und dann aus baupolizeilichen Gründen (!) eine zweite, gründliche amtlich vollzogen, am Jahrestage des Waffenstillstandes! Noch eine Geschichte, kleineren Kalibers, aber nicht minder typisch, sei berichtet: Ein Deutscher, vorübergehend in Belgien, war genötigt, seine Uhr reparieren zu lassen. Der Uhrmacher, dem er sie anvertraute, erkannte den „boche“ wohl, ließ sich aber nichts merken und führte die Arbeit aus. Die Rechnung wurde, obwohl gepfeffert, anstandslos bezahlt. Einige Zeit später, in Deutschland, öffnete der Besitzer eines Tages den inneren Deckel des Gehäuses und fand darin, zierlich eingraviert, die Inschrift: Sale boche! Es sieht überhaupt nicht so aus, als werde der Belgier

den Geschmack an diesem Wort, das doch nun schon jahrelang abgehört ist, so bald verlieren. Zwar hat man in Lüttich einen Lehrstuhl für wallonische Kultur errichtet; aber für den Genius der wallonischen Sprache sind die Abfälle des Pariser Straßenjargons noch lange gut genug.

Man wird sich in Deutschland, wo das breitere Publikum von dieser Stimmung, dank der zweckbewußten Fernhaltung deutscher Korrespondenten, sehr wenig weiß, mit einigem Erstaunen fragen, was denn die Ursache eines jetzt noch so heftigen Nationalhasses sei, und man wird geneigt sein, die Besetzungszeit dafür verantwortlich zu machen. Gewiß, durch den notgedrungenen Einmarsch haben wir zu unserer Beliebttheit zwischen Maas und Schelde nichts beigetragen. Aber wir glauben doch sagen zu dürfen, daß die Belgier, abgesehen von den notwendigen Begleitererscheinungen des Kriegszustandes, es durchschnittlich besser hatten als jetzt unsere linksrheinischen Landsleute. Viele haben außerdem, wie schon oben angedeutet wurde, ihr Schäfchen ins Trockene gebracht.^{*)} Und schließlich sollte im Volksbewußtsein die Tatsache unserer Niederlage vieles kompensieren. Nein, es ist vor allem französische Heftigkeit, die das Feuer schürt, und in gleichem Sinne wirkt das böse Gewissen, hervorgerufen durch das Danaergeschenk Cupen und Malmedy; der Mensch kann alles verzeihen, nur nicht das Unrecht, das er selbst begeht. Selten wagt einmal ein sozialistischer Minister eine halberzige Bemerkung von „Völkerveröhnung“, aber auch nur als verzeihende Geste vom Standpunkt jener Weltanschauung aus, die unser Unterliegen als gerechte Strafe für die Frevel unserer alten kapitalistischen Regierung betrachtet.

Auf absehbare Zeit wird es also dabei bleiben, daß der belgische Patriot die Aufrichtigkeit seiner Gefühle am besten durch Schimpfen auf alles, was deutsch ist, beweisen kann, und hinter dieser Deckung dürften auch die, welche sich an beschlagnahmtem deutschen Eigentum noch nicht bereichern konnten, endlich zu dem erstrebten Ziel gelangen. Die Liquidation ist, soweit sie keine gesetzlichen Sonderbestimmungen erfordert, bereits erfolgt. Letztere werden wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen. Eine kleine Verwechslung ereignete sich bei dem zwangsweisen Verkaufe des Warenhauses von Leonhard Tiez in Brüssel. Nachdem dieses Anwesen für 38 Millionen Franken von der Gruppe Banque Outremer-Bernheim-Mayer versteigert worden war, meldete sich der frühere Eigentümer — mit einem polnischen Stammbaum! Hoffentlich gelingt es Herrn Tiez, dem belgischen Staat zu beweisen, daß das Sprichwort „Unrecht Gut gedeihet nicht“ doch kein leerer Wahn ist.

Mit dem belgischen Patriotismus hat es eine eigene Bewandnis. Bestenfalls ist er etwas Sekundäres, nämlich eine staatsrechtliche Konstruktion, nichts Unmittelbares und rein Gefühlsmäßiges. Dieser auf den Namen eines längst ausgestorbenen Volkes getaufte moderne Staat wird von zwei verschiedenartigen, einander bitter befehdenden Rassen bewohnt. Heftiger denn je tobt der Streit, nachdem die nationalen Vorteile, die den Flamen von der deutschen Verwaltung gewährt waren, von der belgischen Regierung wieder aufgehoben worden sind.

^{*)} Der allgegenwärtige Kriegsgewinnler fehlt auch in Belgien nicht. Das Volk nennt ihn Baron Zeep, d. h. Seife, weil er im Kriege massenhaft Seife aus Hoovers Sendungen nach Deutschland verschob. Baron Zeep fährt unweigerlich in einer Limousine; sein Bildungsgrad und der seiner etwaigen Frau gibt den Witblättern unerschöpflichen Anlaß zu Betrachtungen.

Die Aktivisten, d. h. die Flamenführer, die sich mit den Deutschen eingelassen hatten, sind mit wenigen Ausnahmen geflohen. Die, welche nicht in die freiwillige Verbannung gehen wollten oder konnten, verbüßen jetzt lange Freiheitsstrafen wegen Hochverrats. Parlamentarisch handelt es sich gegenwärtig um die volle Gleichberechtigung der flämischen Sprache in Justiz und Verwaltung und um Wiederherstellung der flämischen Universität in Gent. Das neue Ministerium Carton de Wiart hat einen Flamen aufgenommen in der Hoffnung, die Gemüther dadurch zu befänstigen. Aber die politischen Wetterpropheten schütteln die Köpfe. Sehr peinlich ist den Wallonen die Anlehnung, welche die Flamen heute in Holland suchen und, trotz korrekter Haltung der holländischen Regierung, auch mehr und mehr finden. Eine panniederländische Bewegung ist im Entstehen begriffen, die die Holländer, Flamen und Buren umfassen und im März ihren ersten Kongreß abhalten will. Nicht minder beunruhigend sollte der Rückgang der Geburten sein, den der Jesuit Lemaire in seinem soeben erschienenen Buche „Die sterbende Wallonei“ (La Wallonie qui meurt) auf den in erschreckendem Maße, auch bei der Landbevölkerung herrschenden Neumalthusianismus zurückführt. Bei den Flamen sieht es besser aus, und sie sind an Zahl ohnehin überlegen. Zum Verständnis des belgischen Nationalitätenhaders muß bemerkt werden, daß das wallonische Nationalgefühl, wenigstens bei den Intellektuellen, mehr und mehr in einen französischen Partikularismus überzugehen scheint. Es wird sich fragen, wie dieser sich zu den französischen Assimilationsbestrebungen verhalten wird.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sucht die belgische Regierung Anschluß an Frankreich. Doch ist die Hoffnung, daß die Franzosen sich für das militärische Bündnis mit Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet erkenntlich zeigen würden, bisher nicht in Erfüllung gegangen; nur an schönen Redensarten haben sie es bisher nicht fehlen lassen. Wie es in Wirklichkeit steht, lehrt die Erklärung, die der französische Handelsminister Jsaac kürzlich in der Kammer abgab. Es sei unmöglich, sagte der Minister, die Zuschlagstaxe für Waren, die aus Antwerpen kommen, im Betrag von 3,50 Francs pro Kilo abzuschaffen, da sonst den nordfranzösischen Häfen allzu großer Schaden zugefügt werde. Frankreich ist eben im Gegensatz zu Deutschland Belgiens Hafentendant! Man versteht deshalb, daß die wütend deutschfeindliche Antwerpener „Action nationale“ sich folgendermaßen ereifert:

„Das belgische Volk hat also an der Seite der Franzosen, aber gegen sich selbst gekämpft, denn der Preis des Sieges, zu dem Belgien mitverholfen hat, ist die Unterdrückung eines Teiles jenes Hinterlandes, dessen normale Tätigkeit den Wohlstand Antwerpens ausmachte. Es gibt keine größere Ironie in der Weltgeschichte. Belgien sitzt nun zwischen zwei Stühlen.“

Das Schmerzenskind Belgiens ist mithin Antwerpen, das unter dem Wettbewerb Rotterdams und französischer Häfen darbt. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die Vertreibung der Deutschen aus Antwerpen an dem Niedergang des Hafens in erster Linie schuld ist. Womit man sündigt, damit wird man gestraft. Die Meinung der Belgier, daß die deutschen Kaufleute immerhin ihre Waren über Antwerpen leiten, selber aber zu Haus bleiben könnten, ist reichlich naiv, wenn auch angesichts der Haltung der deutschen Regierung in der Schuld- und Auslieferungsfrage vielleicht erklärlich. Im Interesse unserer mehr denn je

strikter Wahrung bedürftenden nationalen Würde muß unbedingt die Hoffnung ausgesprochen werden, daß unsere Kaufleute und Reeder nach wie vor Antwerpen meiden. Der belgische Seehafen ist auf das deutsche Hinterland angewiesen, nicht aber umgekehrt.

Inzwischen hat eine höchst ungeschickte Rede des französischen Botschafters de Margerie in Brüssel die Lage so weit geklärt, daß man Belgien nunmehr bis auf weiteres politisch, militärisch und wirtschaftlich als einen Vasallen Frankreichs ansehen darf. Die Schlußfeststellung dieser bemerkenswert schnell erfolgten Entwicklung aus dem Vertrage von Versailles vollzog sich an der *surtaxe d'entrepôt*, jener Zuschlagsabgabe, die das protektionistische Frankreich von aller Ein- und Ausfuhr erhebt, die über nichtfranzösische Häfen geht. Vor dem Kriege ging der elsässisch-lothringische Außenhandel größtenteils über Antwerpen. Seitdem aber das Unrecht von 1871 gesühnt ist, haben die Franzosen ihre Zuschlagstaxe sofort in Elsaß-Lothringen, dem Vernehmen nach sogar im Saargebiet eingeführt und damit den Handel dieser Länder restlos von Antwerpen abgelenkt. Vielfache Anträge und zarte Winke der belgischen Freunde blieben wirkungslos, bis endlich beim Neujahrsempfang der französischen Kolonie in Brüssel Mr. de Margerie in Gegenwart belgischer Vertreter offen erklärte, da sei nichts zu machen, die Franzosen dächten nur an sich selbst — „*l'égoïsme c'est la loi*“ — und damit müßten sich die Belgier abzufinden lernen. Ubrigens sei die französische Regierung schon sehr weit gegangen, indem sie bereits vor Jahresfrist die Einfuhr auf dem Wasserwege von Antwerpen nach Straßburg zuschlagfrei gestattet habe. Letzteres Zugeständnis ist, nebenbei bemerkt, so unzureichend, daß es den Ruin Antwerpens nicht aufzuhalten vermag. Es klang daher wie ein Hohn, als der Botschafter darauf hinwies, daß Belgien auf diesem Wege sogar ganz Frankreich mit Einfuhr versorgen könne! — War es plumpe Arroganz oder improvisatorische Unüberlegtheit, die Worte des Vertreters der eng befreundeten Nation haben ungeheuren Staub aufgewirbelt; selbst ultra-frankophile Blätter sind ernstlich betrübt. Man erhofft Hilfe aus dem Lande der *Boches* und wagt sogar anzudeuten, daß Belgien sich an einer etwaigen Besetzung des Ruhrgebiets nicht beteiligen solle.

Wenn wir uns fragen, was daraus werden wird, so dürfte die Antwort zu lauten haben: Voraussichtlich wird Herr de Margerie auf dem Altar der belgisch-französischen Freundschaft geopfert werden. Vielleicht gelingt es der belgischen Regierung sogar, noch ein weiteres wirtschaftliches Zugeständnis dekorativer Art herauszuschlagen. Im wesentlichen aber dürfte alles bleiben wie es ist, einmal, weil die französische Regierung dem unverminderten Druck ihrer industriellen und kommerziellen Interessen ausgesetzt sein wird, und sodann, weil sie politisch im Vorteil ist. Durch das Militärbündnis hat Frankreich festen Fuß in Belgien gefaßt, und Belgien hat, als es sich mit der Hypothek *Cupen-Malmedy* belasten ließ, auf eine erfolgreiche Schaukelpolitik zwischen den beiden großen Nachbarn verzichtet. Tatsächlich steht das Land jetzt schlechter da, als wenn es ein französisches Departement wäre. Allerdings spricht man auch von einem französisch-belgisch-luxemburgischen Zollverein. Aber mit einer solchen Verbindung eines schutz-zöllnerischen mit einem freihändlerischen Gebiet hat es wohl noch gute Wege, zumal das den Anfang zu einer Machtverschiebung bilden könnte, bei der noch andere ein Wort mitzureden hätten.

Verantwortlich für diesen Lauf der Dinge ist das verfloffene Ministerium Delacroix, welches das Militärabkommen abgeschlossen hat, ohne sich wirtschaftlich Garantien geben zu lassen. Entweder haben diese Minister einfach Belgien an Frankreich ausliefern wollen oder es handelt sich um eine jener Gedankenlosigkeiten, an denen es in der diplomatischen Geschichte des kontinentalen Europas nicht mangelt.



Französische Kulturarbeit am Rhein

Von Linksrheiner

Lin treffliches Buch, aufgebaut auf einer erstaunlich reichen Fülle von Material, das der Verfasser Peter Hartmann sicherlich in langen gefährreichen Bemühungen zusammengebracht hat, bringt endlich dem ganzen deutschen Volke sicherste Kunde von der eifrigen Maulwurfsarbeit, die die französische Kulturpropaganda seit gerade zwei Jahren im besetzten Gebiet in der Westmark des Reiches geleistet hat: Französische Kulturarbeit am Rhein von Peter Hartmann. Leipzig, A. F. Koehler, 1921.

Interessant und lehrreich darin ist uns besonders das Kapitel, das die französische Pressepolitik in den Rheinlanden behandelt. Eingehend und aufschlußreich wird von der Einrichtung eines französischen Nachrichtendienstes berichtet, von Ankauf von Zeitungen, von der strengen Zensur gegenüber der nichtgefügigen Presse, endlich von der Schaffung eigener französischer Zeitungen und Zeitschriften. Alle die Torheiten der Zensur, die wir seit Jahrzehnten als längst entschlafene Repressionsmaßregeln einer vergangenen Zeit zu beurteilen pflegen, tauchen hier in schönster Blüte wieder auf. Das harmloseste der deutschen Familienblätter, die Gartenlaube, wurde zeitweise verboten, ebenso der uralte Volkskalender des Lahrer Sinkenden Boten. Heute gibt es fast keine angesehene deutsche Zeitung und Zeitschrift, soweit sie irgendwie einmal gegen den französischen Stachel gelbt hat, die nicht tage-, wochen- oder monatweise im besetzten Gebiet verboten gewesen ist. Daß die „Grenzboten“ nicht hereingelassen werden, versteht sich von selbst. Aber auch die Frankfurter Zeitung z. B., die besonders eifrig und unbeschadet ihrer sonstigen Haltung das Gebaren der französischen Machthaber in ihrem nächsten Umkreise an den Pranger stellt, wurde und wird immer aufs neue für Tage und Wochen, ja für Monate, verboten. Die Agence Havas sucht sich mit allen Mitteln Eingang in die rheinische Presse zu verschaffen, was ihr um so leichter wird, da ja bekanntlich das W. L. B. selbst in unbegreiflicher Verblendung der Pariser Schwester einen ständigen Raum eingeräumt hat, der besonders in den Dienst der französischen Rheinpolitik gestellt wurde. In Frankfurt und in Wiesbaden errichtet man mit Unterstützung der französischen Behörden scheinbar harmlose Korrespondenzbureaus mit deutschen oder deutsch-schweizerischen Namen, die vor allem den Zweck haben, die süddeutsche Presse zu bedienen, und zwar in süddeutsch-separatistischem Sinne mit der Parole: Los von Berlin. Für alle diese Einzelheiten gibt Hartmann eine Fülle von Beispielen.